



Jahresversammlung – Nationalratsnomination und Stadttunnel-Diskussion

An der Jahresversammlung der Alternative – die Grünen Baar haben die Mitglieder Kantonsrat Andreas Lustenberger zur Wahl in den Nationalrat nominiert. Derzeit wird der Kanton Zug von drei Nationalräten vertreten, welche in den letzten vier Jahren das Thema Umwelt vernachlässigt haben - etwa die Energiewende, die Förderung nachhaltiger Energien, der Schutz der Alpen vor der Transilawine. Damit sind grosse Teile der Zuger Bevölkerung in Bern nicht vertreten.

Eine Grüne Stimme für Bern

Andreas Lustenberger hat sich innert kürzester Zeit im Kantonsrat einen Namen gemacht. Im Kanton Zug sammeln die Jungparteien Unterschriften für eine Volksinitiative für mehr preisgünstige Wohnungen. Als Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz ist Andreas Lustenberger auch national vernetzt. Vor wenigen Tagen haben die Jungen Grünen Schweiz eine eidgenössische Volksinitiative gegen die Zersiedelung der Landschaft und für lebendige Quartiere in Dörfern und Städten lanciert. Der Kampf gegen den Verbrauch unseres Bodens ist ein Kernanliegen grüner Politik in den nächsten Jahrzehnten. Die Alternative – die Grünen Baar ist überzeugt, dass der Kanton Zug mit Andreas Lustenberger, mit einer jungen und grünen Stimme, bestens in Bern vertreten wäre.



Diskussion zum Stadttunnel

Mit David Meier GLP und Andreas Lustenberger fand ein kontroverses Gespräch zum Stadttunnel statt, über welchen am 14. Juni abgestimmt wird. David Meier betonte vorwiegend den Gewinn für die Stadt Zug und hofft auf die Solidarität der Baarer und Baarerinnen für die Zuger –Bevölkerung. Mit einem Nein Ende der Weg für eine Verkehrsberuhigung für lange Zeit in einer Sackgasse. Andreas Lustenberger ist hingegen überzeugt, dass eine Verkehrsberuhigung in der Stadt Zug auf andere Weise möglich ist. Für ihn stimmen die hohen Kosten nicht mit der Leistungserbringung des Tunnels überein. Zudem ist er der Meinung, dass Tunnels keine Verkehrsprobleme lösen. Die Alternativen – die Grünen des Kantons lehnen das Projekt ab.



Kampf gegen verfehlte Steuerpolitik

Zusammen mit den SozialvorsteherInnen – und den gesamten Gemeinderäten - der andern Zuger Gemeinden wehrt sich unsere Gemeinderätin Berty Zeiter gegen das „Entlastungsprogramm“ des Regierungsrates. Jetzt merkt auch der Kanton Zug, dass seine Tiefststeuerpolitik auf die Dauer nicht aufgeht. Deshalb fasst er über 200 Massnahmen ins Auge: einerseits Ausgaben reduzieren und andererseits Lasten auf die Gemeinden verschieben.



Beide Stossrichtungen werden uns massiv zusätzlich belasten. Nicht bloss der Baarer Gemeinderat spricht davon, dass in absehbarer Zeit Steuererhöhungen nötig sind. Der Kanton jedoch nicht! Im Gegenteil: Mit der Unternehmenssteuerreform III gewährt er eine weitere Steuersenkung. Deshalb kämpft auch unsere Sozialvorsteherin dafür, dass sich der Kanton nicht aus der Verantwortung nehmen kann und z.B. mit einer Reduzierung der Ergänzungsleistungen auf Kosten der Schwächsten gespart wird.

Ein Jahrhundertprojekt aus dem letzten Jahrhundert

Am 14. Juni entscheiden wir, ob der Kanton Zug ein weiteres Grossprojekt im Strassenbau plant, oder ob nun zuerst die Tangente Zug-Baar und die Umfahrung Cham-Hünenberg gebaut werden sollen. Mit dem Stadttunnel Zug ist gleichzeitig eine Entlastung der „Kernstadt“ Zug's (Zentrum Plus) im Generellen Projekt angedacht. Nur leider führt das Projekt zu keiner Verkehrsreduktion, es wird sogar noch ein Parkhaus (Postplatz) gebaut. Aus Alternativ-Grüner Sicht ist der Nutzen zu gering, die Kosten zu hoch. Andere Nein-Stimmen bringen des Weiteren zum Ausdruck, dass die „Kernstadt“ Zug's heute nicht mehr der Platz des Geschehens ist, sondern Zug im Norden und Westen viel stärker wächst.



Streitgespräch zwischen Baudirektor Heinz Tännler und dem Baarer Kantonsrat Andreas Lustenberger in der Neuen Zuger Zeitung vom 16. Mai 2015

Aus Baarer Sicht gilt es festzuhalten, dass der Stadttunnel keine direkten negativen oder positiven Auswirkungen auf unsere Gemeinde haben wird. Indirekt kann man jedoch in Zeiten des horrenden Sparpaketes monieren, dass sich der Kanton Zug bei so kostspieligen Investitionen zurück halten muss und gleichzeitig den angeplanten Abbau in Bildung, Gesundheit, etc. zu Gunsten aller Zugerinnen und Zuger zurück ziehen überdenken sollte.

Für mich ist klar, mit dem Stadttunnel wird wenig geschaffen, es handelt sich um ein Jahrhundertprojekt aus dem letzten Jahrhundert, um ein veraltete Verkehrspolitik und hinterlässt der Zukunft jede Menge Folgekosten.

Andreas Lustenberger, Kantonsrat

Interpellation der Alternative – die Grünen Baar betreffend Leistungsabbau beim Öffentlichen Verkehr

Im März hat der Vorstand beim Gemeinderat eine Interpellation zum für Baar geplanten massiven Abbau beim Öffentlichen Verkehr eingereicht (Folge des Entlastungsprogramms!). Zum Beispiel soll die S24 nach Zürich-Oerlikon oder die Buslinie 32 nach Blikensdorf am Abend nicht mehr fahren, die Buslinie 4 Sonntags nicht mehr nach Baar fahren oder auf der Buslinie 3 in den Randstunden auf den Viertelstundentakt verzichtet werden. Die Alternative – die Grünen möchten vom Baarer Gemeinderat wissen, was er gegen die Verschlechterungen im ÖV unternommen hat, bzw. noch zu unternehmen gedenkt.



Es ist für die Alternative – die Grünen Baar unverständlich, weshalb die grosse Mehrheit der Bevölkerung für die falsche Steuerpolitik zugunsten Weniger die Zeche bezahlen soll. Ein leistungsfähiger und ausgebauter Öffentlicher Verkehr gehört zu den Standortvorteilen des Kantons. Er ist umweltschonend und entlastet gleichzeitig das Strassennetz- und das wollen alle.

Abstimmung vom 14. Juni: Dreimal Ja und eine Stimmfreigabe

JA zur Stipendieninitiative: Mit der Stipendieninitiative werden die Chancen für junge Menschen erhöht, unabhängig vom Herkunftskanton. Zurzeit hängt die Höhe des Stipendiums von Wohnortskanton ab.

JA zur Erbschaftssteuer: Die Erbschaftssteuer belastet den Mittelstand dank einer hohen Freigrenze nicht. Der Ertrag der Erbschaftssteuer kommt der AHV und den Kantonen zugute; das erzeugt Sicherheit für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

JA zum Radio- und Fernsehgesetz: Die neue Geräte-abhängige Abgabe sichert Radio- und Fernsehprogramme für alle Landesteile und alle Landessprachen. Auch Haushalte ohne Radio und Fernseher, jedoch mit Computer und Handy werden so ohne Billag-Kontrollen erfasst.

STIMMFREIGABE zur Präimplantationsdiagnostik: Künstliche Eingriffe ins menschliche Leben sind immer heikel. Eine Abstimmungsvorlage, die jede und jeden ganz persönlich beantworten muss.